

Sicherheit in der Stadt



Vierter Runder Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“
am 11. April 2018 in Dresden





Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“

Liebe Leserinnen und Leser,

das ist doch eine positive Nachricht: 87% der Deutschen fühlen sich in ihren Städten sicher! Das ergab eine von der Stiftung „Lebendige Stadt“ im März 2018 initiierte repräsentative Umfrage des forsa-Instituts zum Thema „Sicherheit in der Stadt“.

Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass trotz eines bundesweiten Rückgangs der Straftaten ein erhöhtes Bedürfnis nach mehr Sicherheit besteht. Neben mehr polizeilicher Präsenz und einer stärkeren Videoüberwachung im öffentlichen Raum besteht auch ein Wunsch nach besserer Beleuchtung dunkler Räume und mehr Sauberkeit im Stadtbild. Hier setzt die Arbeit der Stiftung „Lebendige Stadt“ an, die unter anderem bereits zahlreiche Lichtprojekte realisiert hat. Dazu zählt auch ein bundesweites Illuminationsprogramm, bei dem 31 Bahnunterführungen in 24 deutschen Städten von Angsträumen zu hellen, urbanen Räumen aufgewertet wurden.

Um das Thema und die Ergebnisse der Umfrage zu vertiefen, haben wir unsere Gremienmitglieder – darunter Politiker, Sicherheitsexperten, Stadtplaner, Unternehmer und Verwaltungsexperten – an unseren Runden Tisch nach Dresden eingeladen. Den Austausch haben wir in dieser Broschüre für Sie zusammengefasst.

Ihr Alexander Otto
Vorsitzender des Kuratoriums
Stiftung „Lebendige Stadt“

Impulsbeitrag

von Prof. Jörg Ziercke, Präsident Bundeskriminalamt a.D.

Ausgangspunkt meiner Betrachtung sind die Bewertung der aktuellen Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus und die Konsequenzen für die Organisation von Sicherheit in Deutschland 2018. In Verbindung mit der FORSA-Umfrage (ab S. 28) zum Aspekt des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung wird deutlich, dass der Schutz vor Kriminalität und mehr polizeiliche Präsenz von der Mehrheit der Befragten gefordert wird. Was zählt, ist das Gefühl der Bedrohung!

Zur aktuellen Bedrohungslage in Deutschland 2018

Das subjektive Sicherheitsgefühl in Deutschland hat sich verändert. Der Terroranschlag mit einem LKW auf den Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016, bei dem zwölf Menschen starben und 53 verletzt wurden, hat uns dramatisch vor Augen geführt, wie groß die terroristische Bedrohung in Deutschland tatsächlich ist. Viele hatten offenbar verdrängt, dass es den Sicherheitsbehörden mehr als ein Jahrzehnt lang gelungen war, unter großen Anstrengungen zwölf schwere Anschläge des islamistischen Terrorismus in Deutschland zu verhindern.

Eine neue Perversion von Terror erlebte Deutschland im Jahr 2017 mit dem Sprengstoffanschlag auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund – kurz vor einem Europapokalspiel. Es besteht der dringende Verdacht, dass ein skrupelloser Einzeltäter durch Tötung von Bundesligaspielern einen Börsensturz der Aktie von Borussia Dortmund herbeiführen wollte, weil er mit Optionsscheinen auf einen Gewinn bei einem fallenden Aktienkurs spekuliert hatte.

In den letzten zweieinhalb Jahren hat sich die Zahl der von der Polizei eingestuft gefährlichen Personen dramatisch erhöht. Waren es Ende 2014 noch ca. 420 Gefährder, stieg ihre Zahl auf aktuell über 720. Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter und Verfassungsschutzbehörden haben im wahrsten Sinne des Wortes alle Hände voll zu tun.

Außerdem trägt das Wissen um ca. 1.000 Beschuldigte aus dem Spektrum des islamistischen Terrorismus bei aktuell ca. 800 anhängigen Strafverfahren in Deutschland und 330 Rückkehrern aus den Kriegsgebieten in Syrien nicht zur Entspannung von Polizeiführern oder der Innenminister von Bund und Ländern bei. Insgesamt sind 950 Ausreisen nach Syrien und in den Irak in den letzten Jahren registriert worden, ca. 80 Personen aus Deutschland konnten im Hinblick auf die mutmaßliche Teilnahme an Kampfhandlungen eindeutig identifiziert werden.

Ferner beschäftigen Übergriffe auf Asylbewerber und ihre Unterkünfte die Polizei erheblich. Besonders beunruhigend ist, dass es sich in den aufgeklärten Fällen um Angriffe durch Tatverdächtige handelt, die der Polizei mit nahezu 50 % vorher nicht bekannt waren. Dies deutet auf eine Zunahme der gewaltbereiten rechten Szene in Deutschland hin. Derzeit gibt es allerdings keine konkreten Hinweise auf eine überregionale Steuerung der Angriffe gegen Asylunterkünfte.

Die Probleme der Radikalisierung von gewaltbereiten Extremisten und Terroristen im Nahen Osten und insbesondere im Norden Afrikas versprechen auf unbestimmte Zeit ebenfalls nichts Gutes für die Sicherheitslage in Europa. Etliche Terrorgruppen kleinerer und mittlerer Größe nutzen neben den bekannten Terrorgruppen Al Qaida, Al Nusra und des sogen. Islamischen Staates die sozialen Konflikte, um die staatliche Macht herauszufordern; und gleichzeitig vernichten sie durch An-

schläge das Leben vieler Muslime. Die Niederlage des IS in Syrien wird die Sicherheitslage in Europa kaum verändern. Die sozialen Konflikte vor Ort bleiben und die regionalen Terrorgruppen daher auch.

Derweil geht in Deutschland die Sorge um, dass Flüchtlinge in ihren Unterkünften verstärkt durch islamistische Rekrutierer angesprochen, radikalisiert und für den Dschihad in Deutschland motiviert und mobilisiert werden könnten. Waren es vor Jahren noch wenige Anbahnungsversuche, registrieren Polizei und Verfassungsschutz heute eine Vielzahl regionaler Hotspots, an denen solche Kontakte aufgenommen werden. Vereinzelt leider auch mit Erfolg.

Sorgen bereiten den Sicherheitsbehörden auch die Rückkehrer aus den Kriegsgebieten, die das Kämpfen und den Umgang mit einer Waffe und das Töten gelernt haben. Der Generalbundesanwalt leitet zwar in jedem begründeten Einzelfall ein Ermittlungsverfahren ein, aber gleichzeitig ist eine Verstärkung der salafistischen Szene in Deutschland wahrscheinlich.

Sehr ernst wird auch die Strategie des individuellen Dschihad betrachtet, propagiert über Aufrufe im Internet, dass die Ungläubigen im dekadenten Westen immer und überall mit einfachsten Waffen auf offener Straße oder bei Veranstaltungen angegriffen werden sollen. Dies prägt natürlich die Einschätzungen der Lage durch die Sicherheitsbehörden.

Der heutige Terrorismus kennt keine Individuen mehr, er kennt nur noch Ziele. Der Mensch als Opfer ist bloßes Objekt des terroristischen Willens. Symbolische Ziele spielen nicht mehr die allein entscheidende Rolle. Ziele sind überall und Ziel kann jeder sein.

Die Unbestimmtheit der Definition potenzieller Ziele stellt die Sicherheitsbehörden vor schier unlösbare Probleme bei der frühzeitigen Verhinderung von Anschlägen. Auch deshalb wird die Arbeit der Informationsbeschaffung durch die Nachrichtendienste immer wichtiger.

Auch die Einschleusung islamistischer Kämpfer unter Flüchtende aus den Kriegs- und Krisenstaaten im Nahen Osten, die Richtung Europa unterwegs sind, gehört zu einer Strategie der Destabilisierung. Sie soll die politischen Verhältnisse in den demokratischen europäischen Rechtsstaaten massiv beeinträchtigen und nationalistische, fremdenfeindliche und rassistische Strömungen befördern.

Im Hinblick auf die deutlich angespannte Sicherheitslage in Deutschland müssen wir auch mögliche Entwicklungen antizipieren und uns auf eine weitere Eskalation des Terrors einstellen. Potenzielle Angriffshandlungen auf den Bahnverkehr oder mittels Drohnen werden über die salafistischen Propagandainstrumente verbreitet. Auch LKWs als tödliche Waffe des Terrors in Fußgängerzonen oder auf Weihnachtsmärkten haben vor den Ereignissen nur wenige für möglich gehalten. Und natürlich stellt sich die Frage, ob die Polizei personell überhaupt in der Lage wäre, alle Bedrohungsszenarien allein zu bewältigen. Naheliegender ist, dass sich die Polizei jetzt stärker als bisher auf die Abwehr des Terrors und auf ihre Kernaufgaben konzentrieren muss.



Prof. Jörg Ziercke

Die Bekämpfung der Alltagskriminalität und der tägliche Schutzauftrag der Polizei müssen wegen der Terrorgefahr aktuell ausgedünnt werden. Bürgernahe Polizeiarbeit kommt eindeutig zu kurz. Der Eindruck bei vielen Bürgern: Der Staat verweigert seine Fürsorge und seinen Schutz! Das hat natürlich auch politisch fatale Folgen. Erhebliche Schutzlücken entstehen durch verlängerte Reaktionszeiten der Polizei bei Notfallmeldungen. Immer öfter muss der Bürger unangemessen lange auf polizeiliche Hilfe warten.

Auf der kommunalen Ebene könnten private Sicherheitsdienstleister in enger Partnerschaft mit der Polizei oder im Auftrage der örtlichen Ordnungsbehörden wesentliche Sicherheitsdefizite durch personelle Präsenz und damit durch eine sichtbare Wahrnehmung von Ordnungsfunktionen beheben. Auch City-Streifen stärken das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Stärkung der kommunalen Kriminalprävention in den Städten

Zur Ausgangslage: Mangelnde Kontrolle und „Disorder“ („Angstorte“ durch ungepflegten Eindruck und Vandalismus) lösen Unsicherheit aus. Auf subjektive Unsicherheit wird mit Vermeidungsverhalten reagiert. Der Verlust an Gemeinschaftlichkeit führt auch zum Verlust der sozialen Kontrolle. Die „sozialen Augen“ fehlen, um sich beizustehen und Gefahren abzuwehren. Das spüren die Menschen. Das eigene Haus wird als Refugium empfunden.

Für einen stadtspezifischen Präventionsansatz ist methodisch eine kriminologische Regionalanalyse ein geeignetes Instrument. Ein kommunaler kriminalpräventiver Rat bündelt die unterschiedlichen Fachkompetenzen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Polizei, Ämter der städtischen Verwaltung) und privaten Sicherheit sowie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Kriminalprävention betrifft fast alle Ämter einer Stadt: Ordnung, Verkehr, Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule, Sport, Stadtplanung. Kriminalprävention ist auch Daseinsvorsorge.

Der kommunale kriminalpräventive Rat ist ein politisches Bekenntnis zum Stellenwert von Sicherheit. Der Vorsitz dieses Rates gehört in die Hand des Bürgermeisters.

Wichtige Kriterien der Arbeit des Präventionsrates gegenüber der Öffentlichkeit sind Vertrauensbildung und faktenbasierte Informationen. Technologische Sicherheit (z. B. Beleuchtung nach dem Motto „Sehen und gesehen werden“ oder Videoüberwachung von gefährlichen Orten) muss auch die Befürchtungen derjenigen ernstnehmen, die glauben, dass diese Maßnahmen nur der Überwachung dienen und einen Generalverdacht gegen jedermann darstellen. Es ist unbestritten, dass Videoaufnahmen bei der Aufklärung von Straftaten helfen und damit weitere Straftaten verhindern. Gleichzeitig führt jede aufgeklärte Tat zu einer Entspannung der öffentlichen Besorgnis über aktuelle Kriminalitätsgefahren. Das bedeutet aber nicht, dass eine flächendeckende Videoüberwachung erstrebenswert ist.

Eine rationale kommunale Kriminalpolitik ist eine Querschnittsaufgabe mit eigenen Ressourcen. Ihr Ziel ist die spezifische Sicherheit einer Stadt, eines Ortsteils oder einer Örtlichkeit. Sie hilft den Opfern von Kriminalität und soll das Abgleiten in Kriminalität insbesondere von noch jungen Menschen verhindern. Die Erfahrungen zeigen, dass mit einer Institutionalisierung der Aufgabe der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene nachhaltige Wirkung erzielt werden kann.

Ein kurzes Fazit:

1. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus wird andauern. Sie ist aber nur eine der herausragenden Bedrohungsformen, die unser Leben in einer globalisierten Welt bestimmen.
2. Wir benötigen bessere und vor allem flächendeckende Präventionskonzepte, die junge Menschen gegen den islamistischen Terrorismus immunisieren.
3. Zunehmende Gewalt- und Einbruchskriminalität sowie Cyber-Kriminalität als Folge der Digitalisierung werden uns im Zeitalter von Industrie 4.0, Internet of Things, Smart Home, Smart City vor ganz spezielle Herausforderungen im Sicherheitsbereich stellen.
4. Auch organisierte Kriminalität, Spionage und Sabotage sowie gezielte und in großem Umfang ungezielte Cyber-Attacken sind insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie die kritische Infrastruktur einer Kommune eine ernstzunehmende Bedrohung.
5. Auch private Sicherheitsdienstleister sind ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Das Innenressort sollte politisch für eine gemeinsame vernetzte Sicherheitsstrategie verantwortlich sein und die Voraussetzungen für die Zulassung, Aus- und Fortbildung von Privaten definieren.
6. Die Polizei muss sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Zusätzlich benötigen wir ein einheitliches Polizeigesetz in Deutschland, um schlagkräftiger zu werden.
7. Vielen Menschen muss das Gefühl und die Gewissheit zurückgegeben werden, dass der demokratische Rechtsstaat alles unternimmt, damit die Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können.

Impulsbeitrag

von Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf und Polizeipräsidentin a.D. Bergisches Städtedreieck

1. Was bedeutet „Sicherheit“? Wie definieren wir den Begriff „sicher“?

Sicherheit bezeichnet einen Zustand, der frei von unvermeidbaren Risiken ist und als gefahrenfrei angesehen wird. In diesem Zustand herrscht in der sozialen Gemeinschaft – oder zumindest in einem Großteil – weitestgehend Sorglosigkeit. Im Allgemeinen können wir uns „sicher“ auf der Straße bewegen, wenn wir die Verkehrsregeln beachten. Wir können „sicher“ sein, dass wir jederzeit und nahezu überall medizinisch versorgt werden. Im Durchschnitt darf es nur neun Minuten dauern, bis ein Rettungswagen vor der Tür steht. Wir können „sicher“ sein, nicht Opfer einer willkürlichen Justiz zu werden. Wir können der Presse unterschiedliche Meinungen und Kommentare entnehmen; selbst wenn diese der jeweiligen Mehrheitspartei nicht gefallen.

Gleichwohl bringt das Leben grundsätzlich Risiken mit sich, die wir zum Teil durch Versicherungen abfedern, aber nicht ungeschehen machen können. Wer die Gebrauchsanweisungen technischer Geräte vor dem Einsatz richtig liest, lässt Vorsicht walten und ist vernünftig. Wer auf dem Fahrrad einen Helm zum Schutz trägt, senkt das Verletzungsrisiko bei einem immer möglichen Straßenverkehrsunfall entscheidend. Manchmal gehen Menschen auch bewusst Risiken ein. Steigt die sommerliche Temperatur, sinkt die Bereitschaft einen dicken, schweren Helm aufzusetzen. Hier gehen wir das persönliche Risiko bewusst ein. An diesem Punkt muss jeder für sich selbst zu einer Einschätzung kommen. Hier sorgt jeder selbst für seine persönliche Sicherheit.

2. Erst die Unterscheidung zwischen „objektiver Sicherheit“ und „subjektivem Sicherheitsempfinden“ bringt uns der Antwort näher, was Städte zur Verbesserung der Sicherheit benötigen.

Für das Bemessen der Sicherheit gibt es dabei keine allgemeingültige Grundlage, weil sie subjektiv empfunden wird. Nicht ohne Grund verwenden wir im alltäglichen Leben den Begriff „Sicherheitsgefühl“. Denn es ist die Summe der zum Teil auch unbewusst aufgenommenen Eindrücke aus ganz verschiedenen Lebensbereichen, die von selbst eine Grundstimmung der Unsicherheit oder der Sicherheit erzeugen. In einer großen heterogenen Gemeinschaft fühlen sich zum Beispiel die einen sicher, wenn sie aus dem Zug steigen und durch den Bahnhof über den Vorplatz zur Innenstadt gehen, während sich die anderen dabei fürchten. Diese Furcht müssen wir als Mitmenschen respektieren, auch wenn wir die Lage anders einschätzen. Denn unsere Lebenserfahrung weicht von der des Gegenübers ab.

Das subjektive Empfinden von Sicherheit ist sehr unterschiedlich: Manche scheuen sich bereits, auf ein Fahrrad zu steigen; andere lieben die Geschwindigkeit schneller Motorräder oder Autos. Manche sind froh, in öffentlichen Bädern schwimmen zu können, andere treibt es zu jeder Form von Wassersport auf See.

3. Wenn wir dieses Wissen aus dem alltäglichen Leben nun auf eine abstraktere Ebene der sozialen Gemeinschaft in einem Staat übertragen, wird Folgendes deutlich: Das Leben birgt grundsätzlich Risiken.

Einerseits muss der Staat sein Möglichstes tun, um den Einzelnen zu schützen, andererseits kann er 100%-ige Sicherheit nicht gewährleisten. Besucher und Einwohner von Münster mussten dies Anfang 2018 leidvoll erfahren: Sie saßen unbekümmert vor einem Café und wurden Opfer eines anderen Menschen, der sein Fahrzeug in die Menge lenkte. Ob Absperungen oder Poller im Boden tragische Fälle wie diesen zumindest reduzieren könnten, diskutieren Fachkräfte noch. Wer an eine 100%-ige Sicherheit glauben möchte, fordert nicht selten eine durchgehende Videoüberwachung des öffentlichen Raumes. Auch ich befürworte zur Strafverfolgung eine Videoüberwachung an strategisch ausgewählten Plätzen. Videoaufzeichnungen machen eine Tat zwar nicht ungeschehen – aber auch nicht ungesehen. Eine Strafvereitelung ist allein hierdurch kaum möglich. Die Tat kann jedoch leichter verfolgt, der Täter eher gefasst werden. Manche TV-Krimi-Serien spielen mit dem Gedanken geschlossener Bewegungsprofile, durch die sich fiktive Polizistinnen und Polizisten von ihrem High-Tech-Büro aus durch das ganze Leben von Zielpersonen klicken. Das entspricht (noch) nicht der Realität. Wer möchte aber auch schon auf Schritt und Tritt beobachtet werden? Hier geht es aber auch um den (Daten-)Schutz unbescholtener Bürgerinnen und Bürger. An dieser Stelle wird das Spannungsverhältnis zwischen größtmöglicher Sicherheit und individueller Freiheit sichtbar.



Birgitta Radermacher

4. Wenn wir ganz konkret über die Sicherheit in einer ganzen Stadt oder Region nachdenken, müssen wir die gesamte Lebenssituation vor Ort einbeziehen.

Deswegen gibt es auch kein überall gleichsam wirksames Mittel für mehr Sicherheit. Die Faktoren variieren. Ein wichtiger Faktor ist etwa die wirtschaftliche Sicherheit: Brechen in Städten sogar ganze Branchen zusammen oder der größte Arbeitgeber der Gemeinde gibt den Standort auf, kann sich die Grundstimmung einer ganzen Kommune verändern – und damit auch das Sicherheitsgefühl. Die Menschen haben weniger Geld, die Kaufkraft sinkt, Ladenlokale in der Innenstadt müssen schließen. Das Gefühl, dass früher vieles besser war, kann in das Gefühl kippen, dass früher noch alles (wirtschaftlich) sicherer war. Dies schlägt sich bewusst oder unbewusst in der Grundstimmung nieder. Leider können wir aus diesem Zusammenhang nicht ableiten, dass das Sicherheitsgefühl in wirtschaftlich starken Regionen durchweg besser ist.

Der Staat ist also gefordert, durch konkrete Maßnahmen die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Helligkeit auf Wegen und Plätzen nimmt Drogenhändlern und anderen die Rückzugsräume für illegale Geschäfte. Kriminelle, die hier verhaftet werden, sollten auch schnell verurteilt werden. Hier ist die Justiz gefragt. Gern bleiben auch die Familien mit Kindern und das Rentnerpärchen fortgeschrittenen Alters in einer sauberen Parkanlage sitzen, um sich zu sonnen. Neben überquellenden Mülltonnen und auf beschmutzten Bänken verweilt jedoch keiner – hier ist es unsicher. Eine vorausschauende Stadt- und Regionalplanung kann viel für die Gestaltung öffentlicher Gebäude und Plätze tun und so für „Sicherheit“ sorgen.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die Sicherheit in den Städten und Gemeinden auf vielen Schultern ruht – nicht nur auf denen der Polizei, der Justiz oder der einzelnen Stadtverwaltung. Jeder Experte für soziale Arbeit; jeder Arbeitgeber, der in den Standort investiert; jede Schule, die ausbildet, ist ein wichtiger Partner auf dem Weg zu mehr Sicherheit in den Städten.

5. Allerdings gibt es Grenzen, innerhalb derer diese Protagonisten aktiv werden können und müssen. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat.

Gerade weil es dem Staat obliegt – auf konkreter gesetzlicher Grundlage –, Freiheitsstrafen zu verhängen oder Bußgelder zu erheben, verlangen Menschen vom Staat zurecht Sichtbarkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Transparenz. Der Staat darf keine abstrakte Größe bleiben, die als etwas Unnahbares den Menschen im eigenen Land fremd bleibt.

Das Vertrauen in den Staat wird geschwächt,

- wenn Gerichtsverhandlungen so lange auf sich warten lassen, bis die Tat verjährt ist,
- wenn Urteile nicht verstanden und als zu milde abgetan werden,
- wenn sich das Gefühl breit macht, dass jeder Geschwindigkeitsverstoß härter und konsequenter verfolgt wird als ein Steuerbetrugsverfahren,
- wenn abgelehnte Asylbewerber nicht konsequent zurückgeführt werden.

Wiederum hat jede Polizistin und jeder Polizist, jede Beschäftigte und jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst die Chance, die Bürgerinnen und Bürger von guter Arbeit für die gute Sache zu überzeugen. Und zwar jeden Tag – indem sie Gesicht zeigen. Wenn ich – unter Termindruck – einen Ort suche und auch die Smartphone-App im Stadtdschungel verloren scheint, freue ich mich, den Polizisten an der Ecke zu treffen. Ich weiß, dass ich ihm vertrauen kann und spreche ihn an.

„Wir haben nicht genug Beamte und Beamtinnen auf der Straße“, sagen die einen und freuen sich über jeden „Schutzmann“ vor der Schule. Die andern ärgern sich über das Knöllchen – sie haben doch nur kurz die Kinder aus dem Auto gelassen. Wieviel Polizei „verträgt“ ein Schützenfest? Ein Weihnachtsmarkt? Ist eine Doppelstreife – mit MP bewaffnet – beruhigend oder macht sie eher Angst?

Es ist sehr erfreulich, dass die Polizei in NRW im Frühjahr 2018 öffentlich einen Bewerberrekord melden konnte. Rund 11.200 junge Männer und Frauen möchten für Sicherheit sorgen. Dieser Mut verdient unser Lob und unseren Respekt. Denn gerade in der aktuellen Zeit, die weitere Herausforderungen wie die verstärkte Terrorismusbekämpfung mit sich bringt, hat sich offenbar der Ruf der Polizei gewandelt. Nicht alle Bewerberinnen und Bewerber werden in NRW die Ausbildung aufnehmen können, aber allein ihr Interesse ist ein gutes Zeichen der Solidarität für alle Kolleginnen und Kollegen, die bereits deutschlandweit im Dienst sind und verbaler sowie physischer Gewalt ausgesetzt sind. Ohne sie wären wir nicht sicher.

6. Bei allen Fragen zum Thema Sicherheit – auch und insbesondere im Kontext zur Freiheit – sind aber die wichtigsten Partner jede Bürgerin und jeder Bürger. Jeder Einzelne kann persönlich seinen Beitrag leisten. Sicherheit beginnt nach meiner tiefsten Überzeugung mit Respekt.

Für Sauberkeit vor der eigenen Haustür zu sorgen, ist nicht schwer. Menschen mit Respekt zu behandeln und achtsam mit Tieren und Natur umzugehen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. All das können wir persönlich und sofort umsetzen und so Schritt für Schritt auf mehr Sicherheit hinarbeiten.

Gerade den Menschen in den Regionen Deutschlands, die wie der Regierungsbezirk Düsseldorf in einer Grenzregion zum europäischen Ausland liegen, kommt hier noch eine weitere besondere Verantwortung zu. Sicherheit in deutschen Städten und Gemeinden ist in unserer heutigen Zeit immer auch im Austausch und in der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und den anderen EU-Partnern zu realisieren. Zahlreiche Menschen pendeln zum Beispiel vom Niederrhein zur Arbeit in die angrenzenden Niederlande. Von dort kommen wiederum Menschen zur Arbeit oder zum Studium in das nahe Ruhrgebiet oder in die Landeshauptstadt Düsseldorf. Somit wird die Stadt auch immer mehr zum Austauschort verschiedener Kultur- und Lebensarten. Dies ist eine Vielfalt, der wir offen begegnen sollten. Dann können wir auch gemeinsam mit den europäischen Partnern den Risiken, wie etwa dem grenzübergreifenden Drogenhandel, begegnen.

Deswegen bin ich davon überzeugt, dass wir in unseren Städten und Gemeinden nur durch ein enges Miteinander des Staates und der Menschen unsere Sicherheit weiter verbessern können.



Teilnehmerliste „Runder Tisch“ in Dresden

**Moderation: Dr. Eva Lohse, Präsidentin Deutscher Städtetag a.D.,
Oberbürgermeisterin a.D., Ludwigshafen**

Teilnehmer:

Torsten Albig, Ministerpräsident a. D., Schleswig-Holstein
 Prof. Dr. Willi Alda, Universität Stuttgart
 Michael Batz, Theatermacher und Szenograf
 Jan Bettink, Verwaltungsratsvorsitzender, FMS Wertmanagement
 Friederike Beyer, Geschäftsführerin BEYER PR EVENT
 Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen
 Olaf Cunitz, Bürgermeister a. D., Frankfurt a. M.
 Arved Fuchs, Polarforscher
 Dr. Monika Griefahn, Direktorin Umwelt und Gesellschaft, AIDA Cruises
 Dr. Herlind Gundelach, Senatorin für Wissenschaft und Forschung a. D., Hamburg
 Robert Heinemann, Managing Director ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG
 Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
 Prof. Dr. Harald Kächele, Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e. V.
 Wolfgang Kopitzsch, Polizeipräsident a. D., Hamburg
 Dr. Andreas Mattner, Präsident ZIA Deutschland
 Dr. h. c. Ingrid Mössinger, Generaldirektorin Kunstsammlungen Chemnitz
 Aygül Özkan, Geschäftsführerin DB Kreditservice GmbH
 Marcel Philipp, Oberbürgermeister der Stadt Aachen
 Matthias Platzeck, Ministerpräsident a. D., Brandenburg
 Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin a. D., Regierungsbezirk Düsseldorf
 Josef Schmid, zweiter Bürgermeister der Landeshauptstadt München
 Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co Real Estate
 Prof. h. c. Dr. h. c. Fritz Schramma, Oberbürgermeister a. D., Köln
 Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Vorsitzender Deutsche Telekom Stiftung
 Edwin Schwarz, Planungsdezernent a. D., Frankfurt
 Detlef Sittel, Erster Bürgermeister der Stadt Dresden
 Nurhan Soykan, stv. Vorsitzende Zentralrat der Muslime in Deutschland
 Dr. Michael Vesper, Minister a. D.
 Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor a. D., Hamburg
 Dr. Joachim Wieland, CEO Aurelis Real Estate
 Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern, Sachsen
 Prof. Jörg Ziercke, Präsident a. D., Bundeskriminalamt

Bericht vom „Runden Tisch“ in Dresden: „Sicherheit beginnt mit Respekt“

Sicherheit in der Stadt – zu diesem hochaktuellen Thema haben in Dresden am Runden Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“ Politiker, Sicherheitsexperten, Stadtplaner, Unternehmer und Verwaltungsexperten diskutiert.

Rund 87 Prozent der Bundesbürger fühlen sich sicher. 45 Prozent wünschen sich mehr Sicherheit. 44 Prozent fühlen sich heute unsicherer als früher. Und 87 Prozent finden Videoüberwachung im öffentlichen Raum richtig. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer von der Stiftung „Lebendige Stadt“ in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage zum Thema „Sicherheit in der Stadt“. Die repräsentative Befragung bildete die Grundlage für die Diskussion am Runden Tisch, zu der die Stiftung nach Dresden eingeladen hatte. Alle wichtigen Ergebnisse der Forsa-Umfrage sind auf Seite 43 f. dieser Broschüre zusammengefasst.

Moderiert wurden die Beratungen am Runden Tisch von der ehemaligen Präsidentin des Deutschen Städtetags, Dr. Eva Lohse. Die innere Sicherheit sei die Basis von allem, ohne innere Sicherheit könne es keine lebendige Stadt geben, sagte Lohse. Sachsens Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner betonte in seiner Einleitung, dass Sicherheit nicht die alleinige Aufgabe der Länder oder des Bundes sei, „sondern es ist eine gemeinsame Aufgabe natürlich auch in erster Linie derjenigen, die von Sicherheit vor Ort betroffen sind: der Kommunen, der Städte und der Gemeinden“. Der Minister forderte zugleich auch mehr Rückendeckung für Polizeikräfte, Feuerwehrleute und Rettungsdienste: „Wenn wir mehr Sicherheit haben wollen, dann müssen wir denjenigen den Rücken stärken, die sich unter Einsatz von Leib und Leben für die Sicherheit von uns allen einsetzen.“



Dr. Eva Lohse



Marcel Philipp, Prof. Dr. Roland Wöllner

Sicherheit in der Stadt sei eine Gemeinschaftsaufgabe – das unterstrich auch Dresdens Erster Bürgermeister, Detlef Sittel. Neben alten und neuen Herausforderungen rücke das subjektive Sicherheitsgefühl dabei immer stärker in den Blickpunkt. Ein zentraler Schlüssel sei in diesem Zusammenhang die sachliche Information. Darüber hinaus sei aber auch eine „uniformierte Präsenz“ gefragt. Hier gelte es, „einen guten Mix aus einem konkreten Handeln vor Ort und einer gewissen Prävention im Vorfeld“ zu erreichen.

Münchens Bürgermeister Josef Schmid betonte ebenfalls die Bedeutung des subjektiven Sicherheitsgefühls: „Auch wenn wir in München objektiv in einer der sichersten Großstädte Deutschlands leben, müssen wir das subjektive Unwohlsein bis hin zu den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger ernstnehmen und handeln – und wenn es ‚nur‘ um Prävention geht.“

Neben der klassischen Aufgabe, das Sicherheitsgefühl in den Städten durch Polizeipräsenz, Videoüberwachung, Licht und Sauberkeit zu verbessern, müsse man sich auch ganz neuen Problemfeldern widmen, sagte Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp und warnte: „Kriminalität mit den Mitteln der Digitalisierung wird massiv zunehmen.“ Eine kluge Nutzung von Daten und technischen Möglichkeiten könne aber auch zur Kriminalitätsreduzierung beitragen, „wenn wir schnell genug den Umgang damit lernen“, so der Oberbürgermeister weiter.

Nurhan Soykan, stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, nutzte den Runden Tisch, um auf die „verschlechterte Sicherheitslage der Muslime“ aufmerksam zu machen. Die Spaltung der Gesellschaft durch „die aufkommenden Rechten“, so Soykan, habe dazu geführt, „dass jeder vor dem anderen Angst hat. Diejenigen, vor denen man Angst hat, hasst man oft. Wenn wir Sicherheit wollen, brauchen wir Versöhnung und keine Spaltung“, sagte Soykan.

„Gefühlslagen sind von hoher Relevanz“, betonte Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck. Je unüberschaubarer die Welt in der Empfindung vieler Menschen werde, „umso klarer will man in seiner direkten Umgebung, dass sich möglichst nichts mehr verändert“. Als



Aygül Özkan, Detlef Sittel, Bärbel Schomberg

Beispiele nannte er die Polizeireform und die Kreisgebietsreform in Brandenburg, gegen die sich viele Menschen vehement gewehrt hätten.

„Innere und äußere Sicherheit gehören zum innersten Kern unseres demokratischen Gesellschaftssystems und sind quasi gesellschaftsvertraglich geregelt“, sagte Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung. Der Vertrag zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat laute: „Ich überlasse dir, Staat, das Gewaltmonopol, und du sorgst für meine Sicherheit. Dafür gebe ich Steuern, du gibst mir Schutz!“ Zum Schutz der Demokratie müsse daher auf diesem Aspekt ein Hauptaugenmerk liegen, so Jung.



Josef Schmid, Aygül Özkan

Nach Auffassung von Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf und ehemalige Polizeipräsidentin in Wuppertal, kann und muss jeder einen Beitrag zur Sicherheit leisten. Sicherheit beginne mit dem Respekt gegenüber Menschen und gegenüber Situationen. „Sicherheit verlangt vom Staat – wegen des Gewaltmonopols – Sichtbarkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Transparenz. Sicherheit braucht ein Miteinander“, so Radermacher.

Niedersachsens ehemalige Sozialministerin Aygül Özkan rückte beim Thema Sicherheit das Stadtquartier ins Blickfeld. „Identifikation mit dem Wohnquartier, das Aufbrechen der Anonymität im Wohnumfeld – das schafft mehr Zufriedenheit im Wohnort, fördert mehr individuellen Einsatz der Bewohner und gegenseitige Aufmerksamkeit“, sagte Özkan. Auf diese Weise könne ein subjektives Sicherheitsgefühl entstehen.

Als wichtigen Aspekt, der in Deutschland bisher vernachlässigt worden sei, nannte Prof. Jörg Ziercke, ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamtes, die kommunale Kriminalpolitik – ein Netzwerk von engagierten Bürgern, Sozialarbeitern, Psychologen, Architekten, Städteplanern, Lehrern sowie kommunaler Stadtverwaltung, Wirtschaft, Polizei und Justiz, alle vereint unter dem gesamtgesellschaftlichen Dach der Kriminalprävention. In diesem Bereich müssten die Ressourcen entsprechend verteilt werden, forderte Ziercke. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie die kommunale Kriminalpolitik jetzt weiterentwickelt werden könne.

Sicherheit sei mehr als eine Aufgabe der Polizei, sagte auch Stuttgarts ehemaliger Oberbürgermeister Prof. Dr. Wolfgang Schuster. Vor allem die subjektive Sicherheit sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Damit Stuttgart eine der sichersten Großstädte – objektiv und subjektiv – werden konnte, habe ich die Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft initiiert, eine systematische Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Polizei und Bürgerschaft.“ Die Bürgerumfragen zeigten, dass diese Sicherheitspartnerschaft wirke, da sich die Bürger heute erheblich sicherer fühlten.

Die besondere Rolle des Städtebaus betonte zum Abschluss noch einmal Dr. Joachim Wieland, CEO Aurelis Real Estate. Durch gute Stadtentwicklung, die Aktivierung von Brachflächen oder Flä-



Matthias Platzeck



Dr. Joachim Wieland, Burkhard Jung, Dr. Monika Griefahn

chen mit Monostruktur, könne das Sicherheitsempfinden der Bürger erhöht werden. Quartiere mit gemischter Struktur, Gewerbe und Wohnen, erhöhten die soziale Kontrolle. „Solche Quartiere werden als attraktiv und sicher bewertet“, so Wieland.

Die Diskussion am Runden Tisch habe gezeigt, dass mehr Sicherheit in den Städten nur durch den Fokus auf die Sicherheit in den Quartieren erreicht werden könne, fasste Dr. Andreas Mattner,



Birgitta Radermacher, Dr. h.c. Ingrid Mössinger



Prof. Jörg Ziercke

Vorstandsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“, die Debatte zusammen. Nachbarschaft und Beteiligung, aber auch Licht und Sauberkeit seien hierbei die Stichworte. „Das sind genau die Themen, an die unsere Stiftung anknüpft, etwa mit unserer Überlegung zu einem Licht-Masterplan für Quartiere“, sagte Mattner.

Weitere Informationen zum Dresdner Runden Tisch sind im Internet zusammengestellt unter: www.lebendige-stadt.de.

Statements der Teilnehmer

Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf und Polizeipräsidentin a.D. Wuppertal:

„Sicherheit beginnt mit dem Respekt gegenüber Menschen, gegenüber Situationen. Sicherheit verlangt vom Staat – wegen des Gewaltmonopols – Sichtbarkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Transparenz. Sicherheit braucht ein Miteinander.“

Detlef Sittel, Erster Bürgermeister Dresden:

„Sicherheit in der Stadt ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Neben alten und neuen Herausforderungen rückt das subjektive Sicherheitsgefühl immer stärker in den Blickpunkt.“

Josef Schmid, Bürgermeister München:

„Auch wenn wir in München objektiv in einer der sichersten Großstädte Deutschlands leben, müssen wir das subjektive Unwohlsein bis hin zu den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger ernstnehmen und handeln – und wenn es ‚nur‘ um Prävention geht.“

Burkhard Jung, Oberbürgermeister Leipzig:

„Lebendigkeit und Sicherheit sind zwei Seiten der demokratischen Stadt und nicht zu trennen. Innere und äußere Sicherheit gehören zum innersten Kern unseres demokratischen Gesellschaftssystems und sind quasi gesellschaftsvertraglich geregelt. Der Vertrag zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat lautet: ‚Ich überlasse dir, Staat, das Gewaltmonopol, und du sorgst für meine Sicherheit. Dafür gebe ich Steuern, du gibst mir Schutz!‘ Deshalb sollte zum Schutz unserer Demokratie ein Hauptaugenmerk hier liegen.“

Marcel Philipp, Oberbürgermeister Aachen:

„Neben der klassischen Aufgabe, das Sicherheitsgefühl in unseren Städten durch Polizeipräsenz, Videoüberwachung, Licht und Sauberkeit zu verbessern, müssen wir uns auch ganz neuen Problemfeldern widmen: Kriminalität mit den Mitteln der Digitalisierung wird



Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Barbara Bosch

massiv zunehmen. Eine kluge Nutzung von Daten und technischen Möglichkeiten kann zugleich aber auch zur Kriminalitätsreduzierung beitragen, wenn wir schnell genug den Umgang damit lernen.“

Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin Reutlingen:

„Öffentliche Sicherheit und offene Gesellschaft in Einklang zu bringen – das ist eine Herausforderung besonders auch für die lokale Politik in Städten. Eine lebendige Innenstadt ist ein maßgeblicher Beitrag hierzu, daran tragen der Städtebau, Durchmischung, Quartiersmanagement und eine vielfältige öffentliche Infrastruktur maßgeblich bei.“

Arved Fuchs, Polarforscher:

„Wir leben in einem permanenten Zeitenwechsel mit einem sich ändernden Sicherheitsbedürfnis. Das Kokettieren mit den Ängsten der Menschen, wie von einigen politischen Kräften betrieben, ist kontraproduktiv. Es führt zu einer selektiven Wahrnehmung und ‚Inseldenzen‘. Das wird dem Anspruch nicht gerecht. Freiheit gibt es nicht zum Risikonulltarif.“



Arved Fuchs, Robert Heinemann

Torsten Albig, Ministerpräsident a. D. Schleswig-Holstein:

„Eine Welt, die sich nicht mehr kennt, ist eine Welt, die voreinander Angst hat. Wenn wir Angst haben, fühlen wir uns unsicher. Wir brauchen deshalb Städte, die die Menschen einladen, sich kennenzulernen.“

Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“:

„Es wurde deutlich, dass wir mehr Sicherheit in Städten nur durch den Fokus auf die Sicherheit in den Quartieren erreichen können. Nachbarschaft und Beteiligung, aber auch Licht und Sauberkeit sind hier die Stichworte. Das sind genau die Themen, an die unsere Stiftung anknüpft, etwa mit unserer Überlegung zu einem Licht-Masterplan für Quartiere.“



Dr. Andreas Mattner

Olaf Cunitz, Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M.:

„In Zukunft werden wir uns noch stärker die Frage stellen müssen, wie resistent – oder umgekehrt, wie verwundbar unsere Städte sind. Was müssen wir tun, um den öffentlichen Raum, aber besonders auch die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur sicher zu machen?“



Olaf Cunitz, Prof. Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele, Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe:

„Der Staat muss dem Gesellschaftsvertrag, den er mit seinen Bürgern geschlossen hat, besser gerecht werden, dabei auch der Zivilgesellschaft den ihr zustehenden Raum geben und Fragen der gerechten Teilhabe bedienen.“

Jan Bettink, Verwaltungsratsvorsitzender FMS Wertmanagement:

„Sicherheit ist ein Existenzbedürfnis und betrifft alle. Die Herausforderung besteht darin, die Balance zu finden zwischen Freiheit, Sicherheit, Kosten und gefühlten – nicht gemessenen – Verbesserungen bei den Bürgern. Mehr Polizei und Justiz reichen nicht. Man muss an die Wurzeln, das kostet Geld. Ein schlechter werdendes Sicherheitsgefühl führt zu politischer Radikalisierung.“



Prof. Willi Alda, Jan Bettink

Prof. Dr. Willi Alda, Universität Stuttgart:

„Die Erhöhung der Sicherheit kostet vor allem Geld. Viele Sicherheitssysteme sind nach kurzer Zeit überholt. Fazit: Den Aufwand nicht übertreiben. Intelligente Ad-hoc-Lösungen sind gefragt, je bürgernäher, desto besser. Sicherheit vorleben!“

Dr. Joachim Wieland, CEO Aurelis Real Estate:

„Durch gute Stadtentwicklung, die Aktivierung von Brachflächen oder Flächen mit Monostruktur, kann das Sicherheitsempfinden der Bürger erhöht werden. Quartiere mit gemischter Struktur, Gewerbe und Wohnen, erhöhen die soziale Kontrolle. Solche Quartiere werden als attraktiv und sicher bewertet.“

Edwin Schwarz, Planungsdezernent a.D. Frankfurt a.M.:

„Sicherheit ist ein essenzieller Bestandteil unserer Demokratie und muss vom Staat gewährleistet werden – durch das Zusammenwirken aller Kräfte, die in unserem Staat dafür vorgesehen sind. Aber auch alle Bürger müssen sich für die Sicherheit engagieren – wenn nötig, auch finanziell beteiligen.“



Edwin Schwarz, Arved Fuchs

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales und Integration a.D. Niedersachsen:
„Identifikation mit dem Wohnquartier, das Aufbrechen der Anonymität im Wohnumfeld, schafft mehr Zufriedenheit im Wohnort, fördert mehr individuellen Einsatz der Bewohner und gegenseitige Aufmerksamkeit. Das schafft ein subjektives Sicherheitsgefühl.“

Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co Real Estate:
„Der grundsätzliche Gesellschaftsvertrag zwischen Bürger und Staat kann nur dann Bestand haben, wenn der Staat auch die Bürger in die Pflicht nimmt. Bildungspolitik und Sozialpolitik müssen die Voraussetzungen schaffen für Toleranz und Verantwortungsbewusstsein in unserer Gesellschaft.“



Nurhan Soykan, Prof. Jörn Walter, Prof. Wolfgang Schuster

Nurhan Soykan, stellv. Vorsitzende Zentralrat der Muslime in Deutschland:

„Die Spaltung der Gesellschaft durch die aufkommenden Rechten hat dazu geführt, dass jeder vor dem anderen Angst hat. Diejenigen, vor denen man Angst hat, hasst man oft. Wenn wir Sicherheit wollen, brauchen wir Versöhnung und keine Spaltung.“

Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister a.D. Stuttgart:

„Nur eine sichere Stadt ist eine lebendige Stadt. Sicherheit ist mehr als eine Aufgabe der Polizei. Vor allem die subjektive Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit Stuttgart eine der sichersten Großstädte – objektiv und subjektiv – werden konnte, habe ich die Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft initiiert. Eine systematische Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Polizei und Bürgerschaft. Die Bürgerumfragen zeigen, dass diese Sicherheitspartnerschaft wirkt, da sich die Bürger heute erheblich sicherer fühlen.“

Michael Batz, Theatermacher:

„Die Forsa-Umfrage bestätigt, wie wichtig Sicherheit für das Leben in den Städten ist. Sie wird sogar noch sehr viel wichtiger werden. Licht ist ein Baustein der Zukunft.“



Michael Batz, Prof. Fritz Schramma

Dr. Michael Vesper, Minister a.D.:

„Für die Lebendigkeit einer Stadt, für das Lebensgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger und damit für die Entwicklung von Urbanität ist die innere Sicherheit zwar nicht alles – aber ohne sie ist alles nichts. Sie ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Stadt lebt.“

Dr. Monika Griefahn, Umweltministerin a.D. Niedersachsen:

„Wir brauchen Räume der Begegnung, Gemeinschaftlichkeit, Menschen, die Bürger zusammenführen. Das Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit hängt auch mit Zugehörigkeit zusammen. Und wenn Regeln gebrochen werden, muss auch der Vollzug der Strafe – Staatsanwaltschaft, Gerichte – vorhanden sein, nicht nur Polizei.“



Michael Batz, Friederike Beyer

Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, Oberbürgermeister a.D. Köln:

„In gemeinsamen Ordnungspartnerschaften müssen alle relevanten Kräfte – Polizei, Stadtverwaltung, Politik und Justiz – um die Sicherheit in überschaubaren heimatlichen Quartieren bemüht sein. Dabei ist die subjektiv gefühlte Sicherheit von Menschen erstzu-



Dr. Herlind Gundelach, Torsten Albig, Wolfgang Kopitzsch

nehmen. Dennoch: Das Leben bleibt ein riskantes! Umso mehr sollten wir uns daran erfreuen und uns diese Freude durch keinen Terror dieser Welt nehmen lassen.“

Friederike Beyer, Geschäftsführerin Beyer PR Event:

„Nach zwei Jahren in der belgischen Hauptstadt: Am Beispiel Brüssel zeigt sich, wie relativ hoch die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden in den deutschen Städten ist. Dennoch ist wohl die wertvollste Handlungsanleitung eine angemessene, moderne und verbesserte IT-Ausstattung der Polizei und Behörden. Neben der Stärkung der Polizei müssen auch die Justiz und ihr Personal gestärkt werden. Ich glaube an ein höheres Sicherheitsempfinden durch eine hocheffiziente kommunale Kriminalitätspolitik.“

Dr. Herlind Gundelach, Senatorin für Wissenschaft und Forschung a.D. Hamburg:

„Sicherheit, das zeigt jede Diskussion mit Bürgern, ist für die Menschen das A und O. Er unterscheidet dabei nicht nach gefühlter oder realer Sicherheit. Das menschliche Sicherheitsempfinden ist sehr subjektiv. Zu diesem Sicherheitsempfinden gehört aber nicht nur die innere Sicherheit, sondern auch die soziale Sicherheit, die gesellschaftliche Sicherheit – kurz: ein ganzheitlicher Ansatz. Für den Einzelnen ist beides gleichwertig. Gute Bildung und Betreuung, ein gutes Miteinander sowie ein ansprechender und gepflegter öffentlicher Raum – das alles zusammen sorgt für ein gutes Sicherheitsgefühl.“

Sicherheit in der Stadt

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Vorbemerkung

Im Auftrag der Stiftung „Lebendige Stadt“ hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH eine repräsentative Befragung unter 1.017 Bundesbürgern ab 18 Jahren zum Sicherheitsempfinden der Bürger in ihrem Wohnumfeld, zur Zufriedenheit mit den Vorkehrungen vor Ort und zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit durchgeführt.

Die Befragung erfolgte vom 12. bis 15. März 2018 im Rahmen des bevölkerungsrepräsentativen Panels forsa.omninet. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland übertragen werden.

1. Was bedeutet „Sicherheit“?

Auf die zunächst offen und ohne jede Vorgabe gestellte Frage, was „Sicherheit“ für sie persönlich genau bedeutet und welche Dinge alles dazugehören, wird von den Befragten eine Vielzahl von Aspekten genannt.

Wie die folgende Übersicht zeigt, gehört zur „Sicherheit“ für die Bundesbürger in erster Linie der Schutz vor Kriminalität. Im Einzelnen genannt werden in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, „ohne Angst“ leben und sich frei bewegen zu können (23 %), die Sicherheit im eigenen Haus (19 %), der Schutz vor körperlicher Gewalt (19 %), Sicherheit bei Dunkelheit (11 %), aber auch im Straßenverkehr (6 %), der Schutz vor Datenklau (3 %), der Schutz vor Terroranschlägen (2 %) oder die Sicherheit der eigenen Kinder (2 %).

Damit verbunden nennen die Befragten zudem eine ausreichende Polizeipräsenz im Alltag (16 %) sowie konkret in öffentlichen Verkehrsmitteln (2 %), Videoüberwachung (2 %), Beleuchtung (1 %), aber auch politische Stabilität (5 %) und ein gutes bzw. konsequentes Justizsystem (4 %).

Neben dem Schutz vor Kriminalität und der entsprechenden Ausstattung des Rechtsstaats hat „Sicherheit“ für viele Befragte aber auch eine finanzielle Dimension: So nennen 20 Prozent allgemein „finanzielle Sicherheit“ bzw. „finanzielle Absicherung“, fünf Prozent „soziale Sicherheit“ und drei Prozent eine „bezahlbare Wohnung“.

Darüber hinaus werden vereinzelt auch Aspekte wie „äußere Sicherheit“, „Gesundheit“ oder ein stabiles soziales Umfeld genannt, spielen gegenüber den anderen Aspekten in diesem Zusammenhang jedoch eine eher untergeordnete Rolle.

ALLGEMEINES VERSTÄNDNIS VON „SICHERHEIT“	
Mit dem Begriff „Sicherheit“ verbinden: *)	%
„ohne Angst zu sein“/sich ohne Angst frei bewegen können	23
Sicherheit im eigenen Haus/sicheres Zuhause	19
Schutz vor körperlicher Gewalt	19
Sicherheit bei Dunkelheit	11
Sicherheit im Straßenverkehr	6
Datenschutz/Datensicherheit	3
Sicherheit vor Terroranschlägen	2
Sicherheit der eigenen Kinder	2
Polizei/Polizeipräsenz im Alltag (allg.)	16
Polizeipräsenz in öffentlichen Verkehrsmitteln/Bahnhöfen	2
Videoüberwachung im öffentlichen Raum	2
Beleuchtung	1
politische Stabilität	5
gutes Justizsystem, konsequente Justiz	4
finanzielle Sicherheit/Absicherung	20
soziale Sicherheit/Absicherung	5
bezahlbare Wohnung	3
äußere Sicherheit/Schutz vor Krieg	7
sichere Grenzen	2
Gesundheit	5
Familie, Halt in der Familie	6
aufmerksame Nachbarn, gute Nachbarschaft	2

*) offene Abfrage; Mehrfachnennungen möglich

2. Persönliches Sicherheitsempfinden in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde

2.1 Aktuelles Sicherheitsempfinden

Die große Mehrheit der Bundesbürger fühlt sich im öffentlichen Raum in ihrer Stadt bzw. Gemeinde sicher (58 %) oder sogar sehr sicher (29 %).

Nur wenige Befragte geben an, dass sie sich in ihrer Stadt weniger sicher (11 %) oder gar nicht sicher (2 %) fühlen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in dieser Frage aber zwischen Stadt und Land und einzelnen Regionen: So fühlen sich Bewohner in kleineren Gemeinden deutlich sicherer als Bewohner in größeren Städten. Während sich in Bayern 46 Prozent in ihrer Stadt bzw. Gemeinde „sehr sicher“ fühlen, tun dies in Nordrhein-Westfalen nur 14 Prozent.

AKTUELLES SICHERHEITSEMPFINDEN IM WOHNUMFELD				
Im öffentlichen Raum in ihrer Stadt bzw. Gemeinde fühlen sich				
	sehr sicher %	eher sicher %	weniger sicher %	gar nicht sicher *) %
insgesamt	29	58	11	2
Ost	30	57	10	3
West	28	58	11	2
Nordrhein-Westfalen	14	73	10	3
Bayern	46	45	8	1
18- bis 29-Jährige	38	51	9	2
30- bis 44-Jährige	28	60	8	3
45- bis 59-Jährige	24	61	13	2
60 Jahre und älter	28	59	11	2
Ortsgröße (Einwohner):				
unter 5.000	52	44	3	1
5.000 bis unter 20.000	40	52	5	2
20.000 bis unter 100.000	21	65	13	1
100.000 bis unter 500.000	15	67	13	4
500.000 und mehr	16	62	19	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2.2 Entwicklung des Sicherheitsempfindens

Nur 5 Prozent der Befragten geben an, sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde heute sicherer zu fühlen als noch vor ein paar Jahren.

44 Prozent (insbesondere Befragte in mittleren Gemeinden und Großstädten bis 500.000 Einwohner sowie Bewohner in Nordrhein-Westfalen) fühlen sich hingegen heute weniger sicher als früher.

50 Prozent sehen diesbezüglich keine Veränderungen.

ENTWICKLUNG DES SICHERHEITSEMPFINDENS IM WOHNUMFELD			
Alles in allem fühlen sich heute in ihrer Stadt bzw. Gemeinde			
	sicherer als noch vor ein paar Jahren %	weniger sicher als noch vor ein paar Jahren %	keine Veränderung *) %
insgesamt	5	44	50
Ost	3	47	50
West	5	43	50
Nordrhein-Westfalen	5	52	42
Bayern	4	38	58
18- bis 29-Jährige	6	40	50
30- bis 44-Jährige	4	47	47
45- bis 59-Jährige	3	48	48
60 Jahre und älter	6	41	53
Ortsgröße (Einwohner):			
unter 5.000	6	31	63
5.000 bis unter 20.000	4	33	62
20.000 bis unter 100.000	5	50	44
100.000 bis unter 500.000	5	59	35
500.000 und mehr	5	48	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2.3 Wahrgenommenes Engagement der eigenen Stadt bzw. Gemeinde

42 Prozent der Bundesbürger meinen, dass in ihrer Stadt bzw. Gemeinde alles in allem genug dafür getan wird, dass sich die Menschen dort sicher fühlen können.

45 Prozent sind der Ansicht, dass diesbezüglich mehr getan werden müsste.

Auch in dieser Frage sind vor allem die Bayern sowie die Bewohner in kleinen Gemeinden der Ansicht, dass in ihrer Gemeinde genug für die Sicherheit getan wird.

Demgegenüber finden vor allem Befragte in Nordrhein-Westfalen sowie Bewohner in Großstädten, dass bei ihnen vor Ort nicht genug für die Sicherheit getan wird.

TUT DIE EIGENE STADT BZW. GEMEINDE GENUG FÜR DIE SICHERHEIT?		
In ihrer Stadt bzw. Gemeinde wird alles in allem genug dafür getan, dass sich die Menschen dort sicher fühlen können		
	ja %	nein, es müsste mehr getan werden % *)
insgesamt	42	45
Ost	39	50
West	42	44
Nordrhein-Westfalen	30	55
Bayern	56	31
18- bis 29-Jährige	47	38
30- bis 44-Jährige	40	47
45- bis 59-Jährige	42	46
60 Jahre und älter	40	47
Ortsgröße (Einwohner):		
unter 5.000	63	27
5.000 bis unter 20.000	48	34
20.000 bis unter 100.000	40	48
100.000 bis unter 500.000	28	60
500.000 und mehr	31	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2.4 Verbesserungswünsche bezüglich der Sicherheit

Diejenigen, die meinen, dass in ihrer Stadt oder Gemeinde mehr für das Sicherheitsgefühl der Menschen getan werden müsste, nennen an allererster Stelle eine größere Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit (44 %) bzw. mehr Polizei allgemein (16 %). Daneben werden in diesem Zusammenhang auch mehr Kontrollen und ein konsequenteres Durchgreifen der Ordnungskräfte gefordert.

Zudem werden spontan auch eine konsequentere Justiz (9 %), eine bessere Beleuchtung in der Stadt (9 %) oder mehr Videoüberwachung (8 %) genannt.

VERBESSERUNGSWÜNSCHE BEZÜGLICH DER SICHERHEIT IN DER EIGENEN STADT BZW. GEMEINDE *)	
In der eigenen Stadt/Gemeinde müsste verbessert werden: **)	%
mehr Polizeipräsenz, Polizeistreifen (allg.)	44
mehr Polizei (allg.)	16
konsequenteres Durchgreifen der Polizei	11
bessere Kontrolle von Zuwanderern/Begrenzung	8
mehr Polizeikontrollen	6
mehr Verkehrskontrollen	3
mehr Polizeipräsenz am Abend/bei Dunkelheit	3
bessere Ausstattung der Polizei	1
konsequentere Justiz („Strafrahmen ausschöpfen“)	9
bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum	9
mehr Videoüberwachung	8
mehr Sozialarbeit	2
„Bürgerwehren“	1

*) Basis: Befragte, die meinen, dass für das Sicherheitsgefühl der Menschen mehr getan werden müsste

**) offene Abfrage; Mehrfachnennungen möglich



3. Sicherheitsfördernde Maßnahmen in der Stadt und Gemeinde

Die Befragten wurden um ihre Einschätzung gebeten, wie wichtig einzelne Vorkehrungen in der Stadt bzw. Gemeinde für ihr subjektives Sicherheitsempfinden sind.

Nahezu allen Befragten ist für ihr persönliches Sicherheitsempfinden wichtig oder sogar sehr wichtig, dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind (96 %), dass Polizeibeamte in der Nähe bzw. schnell erreichbar sind (91 %) und dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht (91 %).

Deutlich weniger Befragte, aber immer noch mehr als die Hälfte, finden für ihr subjektives Sicherheitsempfinden (auch) wichtig, dass in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Videoüberwachung eingesetzt wird (53 %).

RELEVANZ VERSCHIEDENER ASPEKTE FÜR DAS PERSÖNLICHE SICHERHEITSEMPFINDEN I				
Um sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, ist der jeweilige Aspekt				
	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	unwichtig % *)
dass Straßen und Brücken:				
bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind	64	32	3	1
dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, z. B. Polizeistreifen	58	33	8	1
dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht	40	51	8	1
dass Videoüberwachung eingesetzt wird	19	34	37	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Jüngeren Personen unter 30 Jahren ist für ihr Sicherheitsempfinden etwas seltener als dem Durchschnitt aller Befragten wichtig, dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht und dass Videoüberwachung eingesetzt wird.

RELEVANZ VERSCHIEDENER ASPEKTE FÜR DAS PERSÖNLICHE SICHERHEITSEMPFINDEN II							
Um sich in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, ist (sehr) wichtig:	insgesamt	Männer %	Frauen %	18- bis 29-Jährige %	30- bis 44-Jährige %	45- bis 59-Jährige %	60 Jahre und älter %
dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind	96	95	98	93	97	97	97
dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht	91	92	90	85	90	94	93
dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, z. B. Polizeistreifen	91	91	90	78	92	94	94
dass Videoüberwachung eingesetzt wird	53	52	54	43	47	57	59

Bewohnern in Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern ist der Einsatz von Videoüberwachung, um sich in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, häufiger wichtig als Bewohnern kleinerer Gemeinden.

RELEVANZ VERSCHIEDENER ASPEKTE FÜR DAS PERSÖNLICHE SICHERHEITSEMPFINDEN III						
Um sich in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen, ist (sehr) wichtig:	Ortsgröße (Einwohner):					
	insgesamt	unter 5.000 %	5.000 bis unter 20.000 %	20.000 bis unter 100.000 %	100.000 bis unter 500.000 %	500.000 und mehr %
dass Straßen und Brücken bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sind	96	96	97	98	95	95
dass das Stadt- und Straßenbild einen gepflegten und sauberen Eindruck macht	91	92	91	92	94	88
dass Polizeibeamte in der Nähe oder schnell erreichbar sind, z. B. Polizeistreifen	91	89	92	94	90	87
dass Videoüberwachung eingesetzt wird	53	42	46	57	66	57



Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den einzelnen Vorkehrungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde ergibt sich ein geteiltes Bild.

So ist mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit (62 %) sowie der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbildes (60 %) jeweils eine Mehrheit derer, die dies persönlich als wichtig empfinden, zufrieden.

Weniger oder gar nicht zufrieden ist hingegen eine Mehrheit mit der Polizeipräsenz in ihrer Stadt bzw. Gemeinde (56 %) und vor allem dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum (69 %).

ZUFRIEDENHEIT MIT DEN GEGEBENHEITEN VOR ORT I *)				
In ihrer Stadt bzw. Gemeinde sind mit den jeweiligen Aspekten				
	sehr zufrieden %	zufrieden %	weniger zufrieden %	gar nicht zufrieden **) %
mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit	8	54	33	4
mit der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbildes	9	51	30	10
mit der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit, z. B. durch Polizeistreifen	4	38	45	11
mit dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum	1	19	50	19

*) Basis: Befragte, denen der jeweilige Aspekt (sehr) wichtig ist

***) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bewohner in kleineren Gemeinden sind deutlich zufriedener als Bewohner in größeren Städten mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit, der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbilds sowie mit der Polizeipräsenz.

ZUFRIEDENHEIT MIT DEN GEGEBENHEITEN VOR ORT II *)						
In ihrer Stadt bzw. Gemeinde sind (sehr) zufrieden:	Ortsgröße (Einwohner):					
	insgesamt %	unter 5.000 %	5.000 bis unter 20.000 %	20.000 bis unter 100.000 %	100.000 bis unter 500.000 %	500.000 und mehr %
mit der Beleuchtung von Straßen und Brücken bei Dunkelheit	62	68	66	62	60	50
mit der Pflege und dem Zustand des Stadt- und Straßenbilds	60	82	68	55	49	45
mit der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit, z. B. durch Polizeistreifen	42	47	49	40	37	33
mit dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum	20	20	30	12	20	20

*) Basis: Befragte, denen der jeweilige Aspekt (sehr) wichtig ist

4. Bewertung von Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit

4.1 Meinungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Ungeachtet der öffentlich geführten Diskussionen über das Für und Wider hält eine große Mehrheit der Bundesbürger (87 %) eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums – z. B. auf Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln – für richtig.

Nur jeder Zehnte (10 %) ist der Ansicht, dass die Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras zu sehr in die Privatsphäre des Einzelnen eingreift.

MEINUNGEN ZUR VIDEOÜBERWACHUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM		
Eine Überwachung des öffentlichen Raumes durch Videokameras halten für richtig		
	ja %	nein, das greift zu sehr in die Privatsphäre des Einzelnen ein *) %
insgesamt	87	10
Ost	91	5
West	87	11
Nordrhein-Westfalen	86	11
Bayern	89	7
Männer	85	12
Frauen	89	7
18- bis 29-Jährige	75	20
30- bis 44-Jährige	83	14
45- bis 59-Jährige	92	6
60 Jahre und älter	93	4
Ortsgröße (Einwohner):		
unter 5.000	89	9
5.000 bis unter 20.000	89	8
20.000 bis unter 100.000	88	8
100.000 bis unter 500.000	87	11
500.000 und mehr	82	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.2 Meinungen zur Anzahl der Polizisten bzw. Ordnungskräfte am Wohnort

Nur eine Minderheit der Bürger (27 %) hat den Eindruck, dass es in ihrer Stadt bzw. Gemeinde alles in allem genügend Polizisten bzw. Ordnungskräfte gibt.

Die große Mehrheit (66 %) empfindet die Anzahl der Polizisten bzw. Ordnungskräfte an ihrem Wohnort als zu gering.

Dass es ausreichend Polizisten bzw. Ordnungskräfte in ihrer Gemeinde gibt, meinen vor allem Befragte in Bayern, Bewohner kleinerer Gemeinden und die unter 30-Jährigen.

Einen Mangel an Polizisten bzw. Ordnungskräften in ihrer Stadt oder Gemeinde monieren vor allem Befragte in den neuen Bundesländern sowie in Nordrhein-Westfalen.

MEINUNGEN ZUR ANZAHL DER POLIZISTEN BZW. ORDNUNGSKRÄFTE AM WOHNORT		
Alles in allem gibt es in ihrer Stadt bzw. Gemeinde genügend Polizisten bzw. Ordnungskräfte		
	ja %	nein, davon gibt es zu wenige*) %
insgesamt	27	66
Ost	17	76
West	29	65
Nordrhein-Westfalen	18	76
Bayern	44	50
18- bis 29-Jährige	39	51
30- bis 44-Jährige	27	65
45- bis 59-Jährige	25	71
60 Jahre und älter	22	72
Ortsgröße (Einwohner):		
unter 5.000	38	57
5.000 bis unter 20.000	31	61
20.000 bis unter 100.000	23	73
100.000 bis unter 500.000	23	69
500.000 und mehr	22	72

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.3 Meinungen zu einer zusätzlichen „Stadtpolizei“

In vielen Ländern Europas gibt es in Städten und Gemeinden eine eigene „Stadtpolizei“, die vor allem für Ordnungsaufgaben zuständig ist.

55 Prozent der Bürger fänden es sinnvoll, wenn es auch in Deutschland – neben der jeweiligen Landespolizei – zusätzlich eine solche „Stadtpolizei“ gäbe. 37 Prozent fänden dies nicht sinnvoll.

Personen, die sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde unsicher fühlen, würden überdurchschnittlich häufig eine „Stadtpolizei“ befürworten.

MEINUNGEN ZU EINER ZUSÄTZLICHEN „STADTPOLIZEI“		
Wenn es in Deutschland eine zusätzliche „Stadtpolizei“ gäbe, fänden das	sinnvoll %	nicht sinnvoll *) %
insgesamt	55	37
Ost	57	38
West	55	36
Nordrhein-Westfalen	60	34
Bayern	52	37
Männer	56	38
Frauen	55	35
18- bis 29-Jährige	45	45
30- bis 44-Jährige	58	33
45- bis 59-Jährige	62	29
60 Jahre und älter	54	40
Ortsgröße (Einwohner):		
unter 5.000	52	41
5.000 bis unter 20.000	56	34
20.000 bis unter 100.000	56	36
100.000 bis unter 500.000	59	36
500.000 und mehr	54	39
Sicherheitsgefühl im Wohnort:		
sehr/eher sicher	54	38
weniger/gar nicht sicher	68	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.4 Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Sicherheit

46 Prozent der Bürger wären grundsätzlich bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt bzw. Gemeinde auch mehr zu bezahlen, z.B. durch höhere Abgaben oder Gebühren.

Ebenso viele (45 %) wären dazu nicht bereit.

Gegen eine stärkere Beteiligung an der Finanzierung von „Sicherheit“ in ihrer Gemeinde sprechen sich vor allem die Bewohner in Kleinstgemeinden aus (wo die Sicherheitssituation noch vergleichsweise am positivsten bewertet wird).

BEREITSCHAFT ZU HÖHEREN AUSGABEN FÜR MEHR SICHERHEIT		
Es wären grundsätzlich bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt oder Gemeinde auch mehr zu bezahlen		
	ja %	nein *) %
insgesamt	46	45
Ost	45	49
West	46	45
Nordrhein-Westfalen	49	39
Bayern	40	48
Männer	46	48
Frauen	45	43
18- bis 29-Jährige	43	49
30- bis 44-Jährige	38	51
45- bis 59-Jährige	48	42
60 Jahre und älter	49	42
Ortsgröße (Einwohner):		
unter 5.000	38	55
5.000 bis unter 20.000	46	45
20.000 bis unter 100.000	45	47
100.000 bis unter 500.000	51	37
500.000 und mehr	49	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.5 Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers auf die Sicherheit

Auf die Frage, was jeder Bürger selbst tun könnte, um den eigenen Wohnort sicherer zu machen, nennen die Befragten vor allem eine generelle „Wachsamkeit“ jedes Einzelnen im Alltag (21 %), Zivilcourage bei Straftaten (15 %), Nachbarschaftshilfe (15 %) sowie insgesamt ein stärkeres Maß an Verantwortung jedes Einzelnen (10 %).

Darüber hinaus werden auch mehr Höflichkeit im Umgang (8 %) oder das Melden von Missständen bei Stadtverwaltung und Polizei (7 %) genannt.

38 Prozent fällt in diesem Zusammenhang spontan nichts Konkretes ein.

EINFLUSSMÖGLICHKEITEN DES EINZELNEN BÜRGERS ZUR VERBESSERUNG DER SICHERHEIT	
Um den eigenen Wohnort sicherer zu machen, kann jeder einzelne Bürger tun: *) %	
aufmerksam sein/„Augen offen halten“	21
Zivilcourage zeigen/bei Straftaten nicht wegsehen	15
Nachbarschaftshilfe/auf die Nachbarn achten	15
mehr Verantwortung übernehmen (allg.)	10
mehr Höflichkeit im Umgang, respektvolles Miteinander	8
Misstände/Schwachpunkte den Behörden melden	7
für Ordnung und Sicherheit sorgen (allg.)	4
Nachbarschaftspatrouillen	1
„sich bewaffnen“	1
Haustürbeleuchtung einschalten	1
„Bürgerwehren“ organisieren	1
Sicherheit nicht Aufgabe der Bürger	3
weiß nicht	38

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

5. Zusammenfassung

„Sicherheit“ bedeutet für die meisten Bundesbürger in erster Linie ein Leben ohne Angst und Schutz vor den vielfältigen Formen der Kriminalität. Darüber hinaus spielt beim Begriff der „Sicherheit“ – neben anderen vereinzelt genannten Aspekten wie dem Schutz vor Krieg, Gesundheit und dem Rückhalt in der Familie – auch die Komponente der finanziellen Sicherheit eine recht wichtige Rolle.

Die allermeisten Bundesbürger (knapp 90 Prozent) fühlen sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde im öffentlichen Raum sicher. Allerdings zeigen sich beim subjektiven Sicherheitsempfinden deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen einzelnen Regionen. So ist der Anteil derer, die sich im öffentlichen Raum weniger oder gar nicht sicher fühlen, in Großstädten deutlich größer als in kleineren Gemeinden. Die größten regionalen Diskrepanzen ergeben sich in der Ausprägung des Sicherheitsgefühls zwischen den Bewohnern in Bayern, wo sich fast die Hälfte in ihrer Stadt oder Gemeinde „sehr sicher“ fühlt, und Nordrhein-Westfalen, wo dies nur 14 Prozent der Befragten angeben.

Mehr als vier von zehn Bundesbürgern fühlen sich heute in ihrer Stadt bzw. Gemeinde weniger sicher als noch vor ein paar Jahren, nur wenige fühlen sich sicherer, während die Hälfte keine Veränderung feststellen kann.

Bei der Beurteilung des Engagements ihrer Stadt bzw. Gemeinde im Hinblick auf die Sicherheit der Bürger fällt das Meinungsbild geteilt aus. Auch in dieser Frage sind die Bayern sowie die Bewohner kleinerer Gemeinden am zufriedensten mit den Anstrengungen ihrer Stadt bzw. Gemeinde, während eine Mehrheit der Bewohner in Großstädten sowie in Nordrhein-Westfalen findet, dass ihre jeweilige Stadt mehr für die Sicherheit der Bürger tun müsste.

Bei den Verbesserungswünschen steht der Ruf nach mehr Polizisten bzw. mehr Polizeipräsenz in der eigenen Stadt oder Gemeinde mit großem Abstand an erster Stelle.

Unter verschiedenen sicherheitsfördernden Maßnahmen sind einer großen Mehrheit der Bundesbürger eine ausreichende Beleuchtung im Stadtbild, Polizeibeamte, die schnell erreichbar sind und auch ein gepflegtes Stadt- und Straßenbild wichtig, um sich in ihrer Stadt bzw. Gemeinde sicher zu fühlen. Interessanterweise wird eine ausreichende Beleuchtung von den Bürgern sogar noch etwas häufiger als „sehr wichtig“ eingestuft als eine gute Polizeipräsenz.

Mehrheitlich zufrieden sind die Bundesbürger, denen diese Aspekte wichtig sind, hingegen nur mit der Beleuchtung und dem öffentlichen Erscheinungsbild in ihrer Stadt (wobei jeweils auch eine recht starke Minderheit damit nicht zufrieden ist). Mehrheitlich unzufrieden äußern sich die Befragten dagegen mit der Polizeipräsenz in ihrer Stadt sowie mit dem Umfang der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Konkret nach ihrer Einschätzung zur Anzahl der Polizisten und Ordnungskräfte in ihrer Stadt bzw. Gemeinde gefragt, finden zwei Drittel der Bundesbürger, dass es davon zu wenige gebe – am häufigsten meinen dies Befragte in Großstädten, in Ostdeutschland und in Nordrhein-Westfalen, am seltensten Bewohner kleinerer Gemeinden, Jüngere und Befragte in Bayern.

Der Vorschlag einer zusätzlichen „Stadtpolizei“, wie es sie etwa in anderen europäischen Ländern gibt, stößt bei etwas mehr als der Hälfte der Bundesbürger auf Sympathie, insbesondere unter denjenigen, die sich selbst an ihrem Wohnort weniger oder gar nicht sicher fühlen.

forsa.

Anders als manche Meldungen dies mitunter nahelegen, gibt es in der Bevölkerung kaum grundsätzliche Vorbehalte gegen die Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras. Tatsächlich stößt der Einsatz von Videoüberwachung bei einer sehr großen Mehrheit von knapp 90 Prozent der Bürger auf Akzeptanz, die im Übrigen gegenüber früheren bundesweiten Erhebungen sogar noch weiter gestiegen ist.

Knapp die Hälfte der Befragten wäre nach eigenen Angaben grundsätzlich bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt oder Gemeinde auch mehr zu bezahlen, die andere Hälfte lehnt einen solchen Zusatzbeitrag hingegen ab.

Auf die Frage, was jeder einzelne Bürger tun könnte, um den eigenen Wohnort sicherer zu machen, werden von den Befragten durchaus vielfältige Vorschläge gemacht, darunter vor allem eine generelle „Wachsamkeit“ jedes Einzelnen, (mehr) Zivilcourage, Nachbarschaftshilfe, die Übernahme von Verantwortung, aber auch mehr Höflichkeit im Umgang oder das Melden von Schwachpunkten bei der Stadtverwaltung oder den Sicherheitsbehörden.

Impressum

4. „Runder Tisch“ der Stiftung „Lebendige Stadt“
- SICHERHEIT IN DER STADT -

Redaktion:

Ralf von der Heide
Timur Öztürk

Beitrag:

Birgitta Radermacher
Prof. Jörg Ziercke

Bevölkerungsbefragung:

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH, Büro Berlin

Gestaltung:

Societäts-Verlag, Frankfurt am Main

Fotos:

action press GmbH & Co. KG, Oliver Killig
Portraitbild Birgitta Radermacher: Roberto Pfeil

Internet:

www.lebendige-stadt.de

Hamburg, Juni 2018

